

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

14.5.1924 (No. 113)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Ständeanzeiger:
Chefredakteur
C. K. u. u. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 km Höhe und ein
Zeilenbreite. Briefe und Gebete frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge
auf Abrechnung sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bearbeitet. Bei Klagerhebung, zwangs-
weiser Beilegung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — In Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Wochenausfall, Betriebsstörungen im eigenen Betrieb oder
sonstiger Umständen, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung versetzt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.
Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

* Die Kammerwahlen in Frankreich

Auch die französischen Kammerwahlen haben, wie die
ersten Wahlen der letzten Zeit, keine ganz klaren Mehr-
heitsverhältnisse gebracht. Bemerkenswert ist und bleibt
die Tatsache der vollkommenen Niederlage des Nationalen
Blods. Man muß sich immer vor Augen halten, daß
dieser Nationale Bloß über eine sehr große Mehrheit im
französischen Parlament verfügte. Und es bedeutet daher
wahrlich einen gewaltigen Stimmungsumschwung, wenn
eine derartig imposante Mehrheit überhaupt in die Min-
derheit gedrängt wird, mag diese Minderheit, wie es hier
der Fall ist, auch nur um ein paar Mandate von der Hal-
bierungslinie entfernt sein. Als oppositionelle Minder-
heit würde der Nationale Bloß auch heute noch einen
recht ansehnlichen Einfluß ausüben können. Vorlagen
der Regierung könnten bei Abwesenheit von nur ein paar
Abgeordneten der anderen Seite durch den Bloß glatt
zu Fall gebracht werden.

Aus diesen Gründen ist es begreiflich, daß man in
Frankreich versuchen wird, eine Mehrheit zu bilden, die
sich nicht bloß auf die siegreiche Linke einschließlich der
Sozialisten stützt, sondern auch Teile des alten Bloßs in
sich aufnimmt. Ob allerdings die Sozialisten eine solche
Regierungsbildung gutheißen werden, ist eine andere
Frage. Auch die Sozialisten haben bei den Wahlen einen
großen Erfolg davon getragen; sie haben ihre Mandats-
zahl beinahe verdoppelt. Daraus folgert aber noch nicht,
daß sie ohne weiteres bereit sein werden, die Verantwor-
tung für die Regierungsgeschäfte mit zu übernehmen.
Rechnen sie ab, so bliebe nur die Möglichkeit eines Bloßs
der Mitte, an welchem dann natürlich die eine oder andere
Partei des alten Nationalen Bloßs beteiligt wäre.
Dann wäre es denkbar, daß dieser Bloß der Mitte viel-
leicht nur in der Methode eine andere Politik triebe, als
die von Herrn Poincaré befolgte.

Gewiß würde auch schon ein Wechsel der Methode gün-
stig auf die Beziehungen zu den übrigen Mächten, vor
allem zu Deutschland einwirken. Sind es doch nicht nur
rein sachliche Fragen, die uns bekümmern. Ebenso sehr,
wie die starke Haltung Poincarés in sachlicher Hinsicht,
ist es die verlebende Tonart seiner ganzen Politik ge-
wesen, die das deutsche Ehrgefühl immer wieder und
wieder aufgebracht hat. Unter allen Umständen müssen
wir die Weiterentwicklung der Dinge in Frankreich mit
aller Aufmerksamkeit verfolgen.

Dennoch läßt sich heute schon sagen, daß die Politik
Poincarés nicht mehr fortgesetzt werden wird. Und der
Ministerpräsident selbst wird dann auch bestimmt von
der politischen Schaubühne abtreten. Die wildesten
Führer des Nationalismus werden mit ihm zusammen
im Hintergrund zu bleiben haben, zumal ja die meisten
von ihnen garnicht mehr in die Kammer gewählt wor-
den sind.

Nun wird allerdings von einzelnen Pariser Blättern
darauf hingewiesen, daß es in der Hauptsache incompo-
sitive Gründe gewesen seien, die Poincaré und seinem
Nationalen Bloß bei der Wahl in die Minderheit ge-
bracht hätten. Aber es heißt doch wohl die französischen
Wähler für dumme halten, als sie in Wirklichkeit sind,
wenn man glauben wollte, daß ihnen der kausale Zu-
sammenhang zwischen innerer und äußerer Politik ent-
gangen wäre. Die Mehrheit der französischen Bevöl-
kerung weiß sehr wohl, daß es vor allem die Außenpo-
litik Poincarés gewesen ist, die die französischen Finan-
zen und die französische Wirtschaftslage so schwer ge-
schädigt hat. Und dieser selben Bevölkerung ist offenbar
auch die Wahrnehmung der Isolierung Frankreichs und
die Befürchtung neuer kriegerischer Verwicklungen kei-
neswegs unangenehm. Bei aller Vorsicht kann man fest-
stellen, daß der Ausfall der französischen Kammerwahlen
ganz zweifellos eine Abkehr von der bisherigen imperia-
listischen Politik der Kriegsbereitschaft darstellt. Das
Groß der französischen Bevölkerung ist friedliebender,
als man das nach dem Verhalten seiner bisherigen par-
lamentarischen Vertretung annehmen konnte.

Wir können nur hoffen, daß dieser Stimmungsum-
schwung auch in der Außenpolitik Frankreichs seinen
Niedererschlag finden wird. Dabei braucht man Frank-
reich durchaus nicht zuzumuten, daß es auf Forderungen
Verzicht leistet, deren Berechtigung unbestritten ist.
Nachwieder wird die deutsche Politik dabei beharren,
nach Maßgabe der deutschen Leistungsfähigkeit die Ver-
pflichtungen zu erfüllen, die wir freiwillig übernehmen.
Und auch sonst wäre es sehr töricht, wenn wir das Er-

gebnis der französischen Kammerwahlen nicht weiter im
Sinne unserer bisherigen Grundsätze verwerten wür-
den. Zu diesen Grundsätzen gehört es, daß wir uns
Bergevalligungen und Rechtsbeugungen, Demütigungen
und Drangsalierungen nicht gefallen lassen können. Wir
hätten Poincaré Widerstand geleistet, wenn er diese Po-
litik fortgesetzt hätte, und wir werden uns mit einer
solchen Politik auch nicht abfinden können, wenn sie nun
unter der Ägide eines Herriot oder eines Briand betrie-
ben werden sollte.

Einer der neuen, führenden Männer soll Poinlevé
sein. Er hat sich bereits in einem Interview über die
Außenpolitik Frankreichs ausgesprochen und dabei in
mancher Beziehung recht vernünftige Anschauungen ver-
treten. Er erwärmt sich für eine neue Ära der Zusam-
menarbeit der Völker und steht dem Sachverständigen-
bericht freundlich gegenüber. Man solle die Deutschna-
tionalen nicht mit den Ultrationalisten, also den
Deutschhölischen, verwechseln; diese befänden sich durch-
aus in der Minderheit. Frankreich werde seinen guten
Willen der ganzen Welt deutlich vor Augen führen. Auch
die deutschnationale Kundgebung in Halle besprach
Poinlevé ohne zu große Empfindlichkeit. Man müsse
den Nationalismus in Deutschland wohl überwachen,
aber man dürfe seine Bedeutung auch nicht überschätzen.
Nach seiner Auffassung sei es ein „politischer und psycho-
logischer Fehler, wenn man behauptet, daß, weil es in
Deutschland einige Vöcher gibt, sämtliche Deutsche Vö-
cher seien, und daß ein demokratisches Empfinden in
Deutschland nicht bestehe.“

Derartig vernünftige Äußerungen hat man aus dem
Munde eines französischen Politikers schon lange nicht
mehr vernommen. Soffentlich werden die Gedankengänge,
die ihnen zugrundeliegen, auch in der offiziellen Außen-
politik Frankreichs zutage treten.

Erwarten wir von Frankreich eine Dämpfung nationa-
listischer Leidenschaft, so werden wir die gleiche Forderung
aber auch an uns selbst zu richten haben. Dann müssen
Borfsälle, wie die beim „deutschen Tag“ in Halle unter-
blieben. Warum kann man eine solche nationale Feier,
wie sie die Enthüllung eines Volkedenkmals darstellt,
nicht so veranstalten, daß auch Republikaner ruhig an
ihr teilnehmen können? Wolke ist doch schließlich ein
Mann, der dem Parteigezänk entrikt sein sollte. Wenn
der offizielle Redner einer solchen Feier aber die Gelegen-
heit dazu benutzt, um große republikanische Parteien zu
beschimpfen und unverhüllt monarchistisch-reaktionäre
Propaganda zu machen, dann ist das eine Entgeisterung,
die jeder bedauern wird, der für eine Zusammenfassung aller
nationalen Kräfte arbeitet. Nach außenhin wird die
Wirkung solcher Reden aber nur schädlich sein können.

Die Landtagswahlen in der Pfalz

In der Dienstag-Nachmittag in Speyer abgehaltenen Sit-
zung des Kreiswahlausschusses für die bayerischen Landtags-
wahlen in der Pfalz wurde folgendes endgültiges Gesamt-
ergebnis festgestellt:

1. Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ 3 Abg.: 1. Abg. Bruno Kerner, Gastwirt in Ludwigshafen, 15 532 Stimmen, 2. Abg. Jakob Bernhardt, Gewerkschaftssekretär in Kaiserslautern, 14 298 Stimmen, 3. Abg. Christian Schwarz, Bürgermeister und Kaufmann.
2. Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Deutscher Bloß in Bayern“: keinen Abgeordneten.
3. Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Kommunisten“: 1 Abgeordneter: Wilhelm Schreiner in Kaiserslautern, 19 288 Stimmen.
4. Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Krautsoßel“: kein Abgeordneter.
5. Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Zentrum“: 1 Abg.: Paul Disting, Stadtoberamtmann in Ludwigshafen, 10 179 Stimmen.
6. Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Bayerische Volkspartei“: 2 Abg.: 1. Abg. Karl Bernzott, Arbeitersekretär in Landau, 2. Abg. Jakob Hildenbrandt, Domkapitular in Speyer, 14 620 Stimmen.
7. Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Bereinigtes Nationale Rechte“: 3 Abg.: 1. Abg. Friedrich Bürger, Oberstudienrat in Ludwigshafen, 17 951 Stimmen, 2. Georg Gollwitzer, Postinspektor in Ludwigshafen, 15 560 Stimmen, 3. Karl Rastiga, Gutsherr in Weiskammer, 14 723 Stimmen.
8. Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Gauferbund“: kein Abgeordneter.
9. Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Völkischer Bloß“: kein Abgeordneter.

Die für die verschiedenen Parteien in Betracht kommenden Reststimmen betragen: Sozialdemokratische Partei 13 649, Deutscher Bloß in Bayern 21 000, Kommunisten 20 663, Krautsoßel: 3571, Zentrum 11 851, Bayerische Volkspartei 16 006, Bereinigtes Nationale Rechte 12 173, Gauferbund 2, Völkischer Bloß 16 706.

„Reichstagswahl-Ausfall und Badische Politik“

Unter dieser verheißungsvollen Überschrift läuft durch
eine Anzahl badischer Zeitungen eine kurze Notiz, wie
sich nach dem bekannten Ausfall der deutschen Reichstags-
wahlen die Fortführung der badischen Koalition gestalten
werde, ob sich der Landtag auflöse, die Ministerien
sich verringerten usw. Am vorigen Donnerstag und
Freitag hätten sich die Fraktionen des Landtages dar-
über beraten und deren Beschlüsse würden sich in entspre-
chenden Anträgen an das Plenum auswirken.
Hierzu schreibt uns ein Mitglied des badischen Land-
tages:

Die Sitzungen der Fraktionen finden unter Ausschluß
der Öffentlichkeit statt; es werden über ihren Verlauf
und die stattgefundenen Beratungen und die gefaßten
Beschlüsse auch keinerlei Berichte an die Presse gegeben.
Infolgedessen hat man es bei solchen Mitteilungen, wie
sie oben erwähnt sind, nur mit unverbindlichen Kombi-
nationen und mit Mutmaßungen und oft auch nur mit
Meinungsaussäuerungen einzelner Fraktionen zu tun. Im
badischen Landtage sitzen aber 7 Parteien, jede einzelne
von ihnen stellt sich zu den politischen Tagesfragen und
zu den Arbeiten und Aufgaben des Landtages so ein, wie
sie es für gut und richtig hält. Es ist daher müßig zu
sagen, die gesamten Fraktionen hätten sich auf einheit-
liche Grundsätze festgelegt. Was die einzelnen Parteien
wollen, das lassen ihre nach den Fraktionssitzungen ein-
gereichten Anträge, über die zunächst in den Ausschüssen
und dann im Plenum des Landtages entschieden wird,
erkennen.

Ähnlich sind auch die Ergebnisse der Beratungen der
Fraktionen vom Ende voriger Woche aufzufassen. Es
dürfte z. B. durchaus richtig sein, was sich die „Frankf.
Ztg.“ von demokratischer Seite aus Baden mitteilen läßt.
Wir lesen im 2. Morgenblatt v. Dienstag, 13. Mai, u. a.:

„Wie verlautet, haben die badischen Koalitionspar-
teien — Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum —
sich dahin geeinigt, daß in dem Ausfall der Reichs-
tagswahlen für Baden keinerlei Grund erblickt werden
könne, die bestehende Regierungszusammensetzung zu
ändern. Insbesondere ergibt sich aus dem Wahlergeb-
nis kein Anlaß zu Beteiligung der Deutschen Volkspar-
tei an unserer Landesregierung. Das auf den Land-
tagswahlen von 1921 gründende Stärkeverhältnis der
Koalitionsparteien ist 20 Sozialdemokraten, 7 Demo-
kraten, 34 Zentrum; dieses Verhältnis wäre durch die
am 4. Mai abgegebene Stimmzahl derart geändert,
daß der Sozialdemokratie 14, den Demokraten 7, dem
Zentrum 32 Abgeordnete zufallen würden.“

Diese Rechnung hat die „Karlsru. Ztg.“ bereits am Tage
nach der Reichstagswahl aufgemacht und bei dieser Ge-
legenheit auf einen Artikel des „Bad. Beob.“, der anstän-
dend auf einen berufenen Zentrumsabgeordneten zurück-
zuführen war, hingewiesen. Darin war bereits gesagt,
daß das Wahlergebnis am 4. Mai keinen Anlaß biete,
in Baden in der bestehenden Koalition etwas zu ändern.
Es ist bis jetzt auch nicht bekannt geworden, daß eine der
Parteien, die außerhalb der Koalition stehen — Deutsch-
nationale, Landbund, Deutsche Volkspartei und Kommu-
nisten — einen Antrag auf Änderung des Koalitionsver-
hältnisses in Baden eingereicht hätte. Im allgemeinen
kann man froh sein, daß eine Umbildung der Regierung in
Baden nicht notwendig ist. Man erinnere sich nur an die
peinlichen und lange sich hinziehenden Verhandlungen bei
der Bildung der Kabinette Stresemann und Marx in
der zweiten Hälfte des Jahres 1923 im Reich. Nach Wie-
derholung solcher Vorkommnisse in Baden wird man
keine Lust haben.

Wenn der Frankf. Ztg. weiter mitgeteilt wird, daß in-
folgedessen auch kein Anlaß bestehe, eine Beteiligung der
Deutschen Volkspartei an der badischen Koalitionsregie-
rung in irgend einer Form vorzunehmen, so weiß man,
daß die Landtags-Fraktion der Deutschen Volkspartei
zwar schon einmal eine solche Beteiligung anstrebte, daß
aber die Parteileitung anderer Meinung war und in Folge-
dessen die Aufnahme eines ihrer Mitglieder in die Re-
gierung unterblieb. Das ist öffentliches Geheimnis und
ist auch wiederholt im „Badischen Beobachter“, dem Zen-
tralorgan der badischen Zentrumspartei, festgestellt
worden.

Eine merkwürdige Auslassung über die Partei- und
Arbeitsverhältnisse im badischen Landtag findet sich aber
in der „Südd. Ztg.“ Sie lautet:

Für die Oppositionsparteien erhebe sich die Frage, ob es nicht möglich sein sollte, die drei Parteien der Rechten in irgend einer Form zu einer Arbeitsgemeinschaft einander näher zu bringen. Für Deutschnationale und Landbund sollte dies keine allzu große Schwierigkeit machen, wenn auch zugegeben werden müsse, daß sich im Landbund einige Persönlichkeiten nur schwer für eine solche Annäherung erwärmen werden. Die Deutsche Volkspartei werde vielleicht heute weniger zu einem Zusammengehen zu haben sein, als vor der Wahl. Die Entscheidung aller Landtagsparteien hänge davon ab, wie sich die Parteien im neuen Reichstag einstellen werden.

Das letztere dürfte zutreffend sein. Aber gerade in den heutigen Morgenblättern wird in den Meldungen aus Berlin der Auffassung Ausdruck gegeben, daß es anscheinend mit dem Block der Mitte: Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokratie im Reichstage nichts werde. Die programmatischen und taktischen Schwierigkeiten, sich in allen wichtigen politischen Fragen auf eine Formel zu einigen, seien zu groß. Ähnlich dürfte es auch der zu gründenden badischen Arbeitsgemeinschaft gehen; sie verfügt übrigens nur über 19 Sitze von 86 Landtagsitzen, während die badischen Koalitionsparteien 63 Mandate zurzeit ihr eigen nennen. Viele positiven Unterlagen hat also die Mitteilung der „Südd. Ztg.“ nicht.

Im übrigen hat der Landbund gestern mit einer Sitzung des Haushaltsausschusses seine Arbeiten begonnen. Morgen findet Plenarsitzung statt und dann wird in den nächsten Wochen recht intensiv gearbeitet werden müssen, damit bis Ende Juli der Landtag die ihm zugewiesenen Aufgaben sämtlich erfüllen kann.

Politische Neuigkeiten

Ein Block der Mitte?

Verschiedene Blätter hatten gemeldet, daß die Mittelparteien des Reichstags, Zentrum, Volkspartei und Demokratie, beabsichtigen, sich im neuen Reichstag zu einer einzigen Fraktion unter dem Namen „Nationaler Block der Mitte“ zusammenzuschließen. Die volksparteiliche Zeit hatte dazu erklärt, daß diese Frage bisher in der Deutschen Volkspartei noch nicht erörtert worden sei. Tatsächlich scheinen jedoch derzeitige Zusammenschlußbestrebungen wirklich im Gange zu sein. Sie sind allerdings noch nicht über das Stadium unverbindlicher Vorverhandlungen hinaus gediehen, was schon deshalb begreiflich ist, da die neuen Reichstagsfraktionen sich bisher noch nicht konstituiert haben, in ihrer Gesamtheit also auch noch nicht zu dieser Frage Stellung nehmen konnten. Der Zweck des Zusammenschlusses soll sein, eine bürgerliche Fraktion der Mitte zu bilden, die die Deutschnationalen an Stärke übertrifft und deshalb das Recht der Übertragung der Regierungsbildung, die Stellung des Reichstagspräsidenten usw. für sich beanspruchen kann.

Die Berliner Rechtspreffe ordnet als Gegenmaßnahme gegen die eventuelle Bildung dieses Blockes der Mitte die Errichtung eines Abwehrbundes der Rechten, der außer aus Deutschnationalen aus deutschnationalen und vielleicht auch aus Sozialisten bestehen soll. Die Rechtspreffe rechnet bezeichnenderweise für den Fall der Bildung einer Fraktion der Mitte auch auf erhebliche Abspaltungen vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei. Es ist allerdings sehr fraglich, ob die Rechten sich mit den Deutschnationalen zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammenschließen werden.

Den Anspruch, als stärkste Fraktion den Reichstagspräsidenten zu stellen, halten die Deutschnationalen jedenfalls aufrecht, und man vernimmt, daß jetzt dafür Dr. Steiniger in Aussicht genommen sei, der frühere Großherzogliche Zweckerbandsdirektor, der auch dem Preussischen Staatsrat angehört. Der „Frankf. Ztg.“ zufolge, soll für Ende der Woche eine gemeinsame Besprechung der für den Block der Mitte in Betracht kommenden drei Fraktionsleitungen in Aussicht genommen sein, vorausgesetzt, daß auf allen Seiten die Bereitschaft dazu besteht. Es wird vor allem darauf ankommen, wie sich die Fraktion der deutschen Volkspartei zu dem Gedanken stellt, die heute im Reichstag zu einer konstituierenden Sitzung zusammentritt. Die demokratische Fraktion wird erst Mitte der nächsten Woche zusammentreten; außerdem ist für Dienstag und Mittwoch nächster Woche eine Sitzung des demokratischen Parteivorstandes anberaumt. Das Zentrum scheint sich noch mehr Zeit lassen zu wollen; jedenfalls ist bisher über eine Fraktionsbildung noch nichts bekannt geworden.

Die Lage im Bergbau

Die am Montag in Berlin stattgefundenen Besprechungen im Berliner Reichsarbeitsministerium, an denen auch Vertreter der Gewerkschaften teilgenommen haben, haben, wie jetzt gemeldet wird, insoweit zu einer Annäherung der Auffassungen geführt, daß sich beide Parteien bereit erklärt haben, für heute, Mittwoch, Vertreter zu den Verhandlungen beim Reichsminister und beim Reichsarbeitsminister zu entsenden.

Mittermeldungen aus Gelsenkirchen zufolge verstärken die Kommunisten im Ruhrgebiet ihre Propaganda und fordern die Bergleute auf, Palästen zu Gewalttaten auf. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Essen ist die Brennstoffknappheit der Gaswerke so stark, daß nur für einige Stunden am Tage Brennstoff abgegeben werden kann. Auch in Bochum, Herne und Dortmund macht sich dieser Mangel bemerkbar.

Zur Lage im sächsischen Steinkohlenbezirk wird mitgeteilt, daß bei den zurzeit in Berlin schwebenden Verhandlungen über die Lage im Ruhrgebiet auch die Aussperrung in Sachsen geregelt werden soll.

Die Geschäftsordnung des Reichskabinetts. Wie die Blätter mitteilen, hat das Reichskabinet in Ausführung des Kapitels 55 der Reichsverfassung eine Geschäftsordnung angenommen, welche die Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und den einzelnen Ministern bei der Reichsgeschäftsführung regeln und Bestimmungen für die Unterrichtung des Reichskabinetts für die Kabinettsitzungen trifft. Die Geschäftsordnung ist vom Reichspräsidenten genehmigt worden.

Zum deutsch-russischen Zwischenfall. Aber den Zwischenfall in der Handelsvertretung der Union der Sowjetrepubliken zu Berlin ist das bisherige Untersuchungsergebnis der russischen Botschaft vom Auswärtigen Amt übermittelt worden. Zur Beilegung des Zwischenfalles sind der russischen Botschaft entsprechende Erklärungen und Vorschläge abgegeben, die gegenwärtig den Gegenstand diplomatischer Erwägungen bilden werden.

Zum Ausfall der französischen Wahlen

Obwohl noch immer einige Resultate aus den französischen Kolonien fehlen, ist es sicher, daß das Kartell der Linken, zu dem für den Fall, daß seine Partei sich zur Übernahme der Regierung einschließen sollten, noch ein beträchtlicher Teil der Republikaner Verbandsführer Oberhand stehen müssen, über eine sicher ausreichende Mehrheit verfügt. Wie gemeldet wird jedoch erst vom 1. Juni ab ein Regierungswechsel in Frankreich eintreten, da bis dahin die gegenwärtige Kammer am Ruder ist. Die Pariser Blätter rechnen damit, daß das neue Kabinet erst Mitte Juni in volle Aktion treten kann, so daß möglicherweise ein Zeitverlust von einem ganzen Monat eintrete.

Im Anschluß an die Mitteilung Poincarés im Ministerrat, daß er am 1. Juni zurückzutreten beabsichtige, teilt „Globe“ offiziell mit, daß dadurch auch der Plan der Unterredung zwischen Poincaré und Macdonald in Chequers am 19. Mai hinfällig geworden sei. Eine Unterredung werde voraussichtlich Anfang Juni nach dem Zusammentritt der neuen Kammer und nach Bildung der neuen Regierung stattfinden.

Das kommende französische Kabinet
WTA. Paris, 14. Mai. Die Morgenblätter beschäftigen sich bereits mit der Frage der zukünftigen Kabinettsbildung. Nach dem „Matin“ erwartet man, daß der Präsident der Republik sofort nach dem Besuch des Prinzenregenten von Mexiko sich mit der Frage befassen und eine Unterredung mit dem Führer der Radikalen, Herriot, haben werde. Man glaubt, daß am 1. Juni, dem Tage des Zusammentritts der neuen Kammer, die Ministerliste tatsächlich gelöst sein wird. Allerdings sei es fraglich, ob Herriot die Ministerpräsidentenschaft übernehmen werde. Gestern habe man nämlich in den Wandelgängen der Kammer erklärt, Herriot wüßte Kabinettspräsident zu werden.

Als Ministerkandidaten nennt das „Echo de Paris“ — das übrigens äußert, man habe gestern erklärt, ein Kabinettspräsident könne sechs Monate dauern; dann werde ein Ausgleichsministerium Briand geschaffen werden müssen — die Senatoren de Monzie, Rene Besnard, Francois Albert, de Corneille, sowie die Abgeordneten Violette, Archimbaud, Justin Godert, Benaet und Louis Meyer. Diese gehören sämtlich der radikalen Partei an. Es werden ferner genannt die Sozialisten Leon Blum, Vincent Auriol, Paul Benicourt, Leval und Renaudel.

Der „Petit Parisien“ bezweifelt übrigens, daß Leon Blum und Herriot sich an einer Kabinettsbildung beteiligen würden. Das Blatt sieht auch gewisse sachliche Hindernisse. Unter den Sozialisten seien die Gegner des Eintritts in die Regierung zahlreich. Die Nachbarn der Sozialisten, die Kommunisten, die man nicht vernachlässigen dürfe, hätten erklärt, daß sie die Absicht hätten, sobald wie möglich von der Kammer einen Beschluß über folgende drei Punkte zu verlangen: 1. Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet, 2. Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland und 3. allgemeine Amnestie, die sich auch auf die politische Verurteilten und auf Cailaux erstrecken soll. Im Augenblick könne niemand sagen, welchen Beschluß die sozialistische Partei auf ihrem Landeskongreß fassen werde. Der „Petit Parisien“ erklärt übrigens, falls Herriot sich weigern werde, das neue Kabinet zu bilden, spreche man in erster Linie von Briand.

WTA. Paris, 14. Mai. Das „Oeuvre“ hat die Führer der drei siegreichen linksstehenden Parteien Painlevé, Herriot und Leon Blum über die Währungsfrage in Frankreich interviewt. Painlevé erklärte, es sei lächerlich und unvernünftig zu behaupten, daß ein linksstehendes Ministerium eine Politik des Defizits, also des wirtschaftlichen Ruins für Frankreich mit sich bringen werde. Die auswärtige Politik der linksstehenden Parteien verlange einen ständigen Frieden. Man trete ein für eine Friedenspolitik, um die Lasten des Budgets, insbesondere die militärischen Lasten zu verringern und um von Deutschland substantielle Zahlungen zu erlangen, die nicht im voraus durch Ausführungsausgaben überbrückt werden, (gemein sind offenbar die Besetzungskosten). Endlich müsse die internationale Stabilität sichergestellt werden durch die innere Stabilität, die dem französischen Franken einen ständigen unveränderlichen Wert geben würde.

Herriot hat aus Lyon telegraphiert, die Befürchtungen, die man zu weiden veruche, seien völlig ungerechtfertigt. Die Parteien der Linken würden keine lebhaftere Sorge haben als die Stabilität der Finanzen auf Grund internationaler Verständigung und die Sicherung des allgemeinen Friedens.

Leon Blum erklärt, die finanzielle Campagne mit Faustschlägen, die im Frühjahr d. J. betrieben worden sei, habe nur einigen großen Banken etwas genutzt, deren Schuld Poincaré sich habe erwerben wollen.

Wie der „Matin“ berichtet, soll Poincaré die Absicht haben, sich für eine gewisse Zeit vom öffentlichen Leben zurückzuziehen. Vielleicht werde er vom Senat seine Beurlaubung verlangen, um nicht in die Diskussion eingreifen zu müssen. Poincaré erhält bereits von allen Seiten, besonders aber aus Amerika Angebote zur Mitarbeit an Zeitungen. Man ermahnt ihn, er solle seine Ansichten über die zukünftigen Probleme der europäischen Politik kundgeben und das niederschreiben, was sich in den zwei Jahren und vier Monaten seiner Ministerpräsidentenschaft in Frankreich ereignet hat.

Weitere englische Stimmen

WTB. London, 13. Mai. „Daily News“ schreibt: Es würde verfrüht sein, zu sagen, daß die Wahlen die Niederlage des Blocks National bedeuten und daß die Mehrheit des französischen Volkes gegen Poincaré ist. Doch scheint das französische Volk eine Änderung in der Führung zu verlangen und eine Regierung zu wünschen, die fähig sei, eine Politik zu treiben, die sichtbare Vorteile, in die Hand Frankreichs bringt. Die Niederlage Poincarés sei in Wirklichkeit auch eine Niederlage des Präsidenten Millerand. Der Sieg des Blocks der Linken reinige die Atmosphäre von gefährlichen Sturmwellen. Es sei ein Sieg der Vernunft und bessere die internationalen Beziehungen. Er mache die Zukunft für alle hoffnungsvoller.

Der „Daily Chronicle“ schreibt: Eine Änderung auf dem französischen Premierministerposten könne kaum verfehlen, ein Vorteil für die Welt zu sein. Poincaré habe Frankreich zur vorherrschenden Weltmacht auf dem Kontinent machen wollen und seine Politik habe auf die dauernde Schwächung Deutschlands, auf die Losrennung deutscher Gebiete und die Umzingelung Deutschlands mit bewaffneten Mächten unter Führung Frankreichs abgezielt. Frankreich wolle nicht nur die militärische Vorherrschaft erobern, sondern auch eine auf dem Ruin der deutschen Industrie gegründete wirtschaftliche Vorherrschaft. Eine Möglichkeit zur Wiederherstellung Europas bestände nicht, solange Poincaré fortjahre, Frankreich zu beherrschen. Kein britischer Premierminister irgend einer Partei hätte eine Regelung erzielen können, solange Poincaré im Amte sei.

Eine Friedensrede Macdonalds

Macdonald erklärte in einer Rede in der Albert Hall zu London über die auswärtige Politik u. a. Er habe darnach gestrebt, Vertrauen in die Politik der Arbeiterregierung zu bringen. Er habe auch darnach gestrebt, die Politik Großbritanniens auf eine Grundlage freundschaftlicher Vernunft zu lenken. Die Lage würde sich bessern und zwar nicht durch Einschüchterung, nicht durch Drohung, sondern weil ruhige Vernunft beginne, die Gedanken aller Nationen Europas zu beeinflussen. In der großen Politik des Wiederaufbaues von Europa seien eine oder zwei Nationen nicht genug. Frankreich, Belgien, Italien und Großbritannien genügen nicht, es sei auch nicht genug, wenn Deutschland und Rußland hinzukämen. Die kleinen Nationen Europas, fallen für die Friedenspolitik ebenfalls ins Gewicht. Der Schwache müsse die Deute des Starren werden, wenn die Welt allein der Glaube an die Gewalt beherrsche. Sein Appell an die Welt sei: Verlaßt Euch nicht auf diese Art von Hoffnung. Diese Art von Hoffnung mühte zu Europas Zerrüttung führen.

Macdonald fuhr fort, einige Kritiker hätten gefragt, weshalb die Regierung nicht eine internationale Konferenz einberufe. Man könne eine Konferenz nicht einberufen zu einer Zeit, wo sie keinen Erfolg haben würde. Und ein Mißerfolg würde sehr verhängnisvoll sein. Die Regierung bereite jedoch den Weg vor. Sobald das dringende Problem Penitentialeuropas aus dem Weg geschafft sei — er hoffe, dies werde nicht mehr sehr lange dauern — so glaube er, daß die Schwierigkeiten, die jetzt bestehen, durch denselben Geist überwunden werden, der schon die Schwierigkeiten in der Vergangenheit überwunden hat. Er bitte um Vertrauen. Die Friedensbewegung schreite langsam und ruhig vorwärts.

Macdonald sagte weiter, das große Problem der Regierung in der Gegenwart sei, den Sachverständigenbericht auszuführen. Es gebe einige Dinge in dem Bericht, derenwegen er argwöhnisch sei. Weder Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien noch Großbritannien könnten jetzt auf Einzelheiten eingehen. Es handle sich nur um die Annahme des ganzen Berichts. Wenn man aber bei der Durchführung auf Schwierigkeiten stoße, könne die Vernunft immer noch Einzelheiten regeln. Er bitte alle anderen Nationen, auf dem Wege weiter zu schreiten, den die britische Regierung betreten habe, den Bericht als Ganzes zur Ausführung zu bringen und ihr Bestes zu tun, um die durch den Bericht auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Genetson, der nach Macdonald das Wort ergriff, verwies auf den wunderbaren Fortschritt in der Richtung des Friedens infolge des Ausfalles der französischen Wahlen.

Kurze Nachrichten

Bayerischer Einspruch gegen die Schließung der Pflanzentrale. Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, hat die bayerische Regierung gegen die von der badischen Regierung verfügte Schließung der Hauptzweigsstelle für die Pflanz in Heidelberg bei der Reichsregierung Einspruch erhoben.

Das Ergebnis der Pflanzwoche. Der Regierung der Pflanz konnte aus dem Gesamtergebnis der Pflanzwoche, die bekanntlich rund 800 000 Mk. erbrachte, bereits 550 000 Mk. zur Vorkasse der wirtschaftlichen und sozialen Not zur Verfügung gestellt werden. Zur Verteilung ist bei der Regierung der Pflanz ein Ausschuss gebildet worden, in dem alle Schichten der Bevölkerung, charitative Verbände, Geistliche, Gewerkschaften und Vertreter der Regierung angehören. An der Spitze der Sammlung steht die Stadt München mit 148 000 Mk. Es folgen die Städte Nürnberg und Jülich mit zusammen 150 000 Mk. Sammlungsergebnis.

Zentrum und Bayer. Volkspartei. Die gesamte Stadtratsfraktion der bayerischen Volkspartei in Pirmasens hat durch eine Mitteilung an das Bürgermeisteramt sich zum Zentrum bekannt.

Der Nachfolger Seifers. Wie aus München gemeldet wird, hat der Nachfolger des seines Dienstes entlassenen Obersten v. Seifer Oberst v. Reih seinen Dienst angetreten.

Die Kommunistische Partei hat beschlossen, für den 25. Mai in Berlin einen Arbeiterkongreß zusammenzubringen, nachdem die für den letzten Sonntag in Halle einberufene Tagung verboten worden war. An dem Kongreß sollen Delegierte aller großen Betriebe teilnehmen. Einen besonderen Punkt der Tagesordnung soll das Thema „Vordringen des Faschismus in Deutschland und die letzten Vorgänge in Halle“ bilden.

Der nächste Sonntag in Breslau. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, hat das preussische Ministerium des Innern zu der in Breslau für nächsten Sonntag angekündigten großen nationalen Kundgebung die Erlaubnis verweigert. Zugelassen ist nur eine Versammlung im Saale, die vorchriftsmäßig angemeldet wurde.

Nach ein Nachspiel zum Sittlerprozeß. Vor dem Volksgericht in München hatte sich der zum baltischen Reichstagsabgeordneten gewählte Ingenieur Feder, der zum Finanzminister der am 8. November in München ausgerufenen nationalen Regierung in Aussicht genommen war, wegen Beihilfe zum Hochverrat zu verantworten. Das Gericht verurteilte ihn in dessen lediglich wegen Amtsanmaßung zu einer Geldstrafe von 50 Mk.

v. Rahr hält sich, der „W. J. a. M.“ zufolge, zurzeit in Berlin als Privatmann auf.

Zur Verhaftung Günther Brandts meldet die „Voss. Ztg.“ aus Leipzig, daß noch ein gewisser Tönjes, der Besitzer des Kraftwagens, in dem Ehrhardt nach seiner Befreiung festgeschafft wurde, verhaftet wurde.

Im englischen Unterhaus bekämpfte Baldwin im Kustroz der Konservativen die Aufhebung der Abgaben, z. B. auf Automobile und optische Instrumente, und trat für scharfe Schutzzölle ein. Minister Snowden drohte mit dem Rücktritt der Regierung, falls Baldwin's Forderungen Rechnung getragen werde. Ein großer Teil der Liberalen stimmte der Regierung zu. Der Antrag Baldwin wurde mit 337 gegen 282 Stimmen abgelehnt.

Das rumänische Königspaar weilte in London zu einem Staatsbesuch am englischen Hofe.

Das neue italienische Parlament wird am 24. Mai eröffnet werden. Die Wahl des Präsidenten ist auf den 27. festgesetzt worden.

Die Wahlen in Japan. Die letzten Wahlergebnisse haben keine Veränderung zugunsten der Regierung gebracht. Die Regierungskandidaten haben kaum ein Drittel der Sitze der neuen Kammer erlangt. Von etwa 460 Abgeordneten gehören 282 zu der Opposition, abgesehen von 20 Unabhängigen, die sich wahrscheinlich der Opposition anschließen werden. 9 Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Sunhatten †. Nach einer Havasmeldung aus Hongkong ist der frühere Präsident der chinesischen Republik Sunhatten infolge eines Gehirnschlages gestorben.

Badischer Teil

Funftagung

DZ. Am 18. Mai, halb 11 Uhr vormittags, findet im blauen Saal des Kunstgebäudes in Stuttgart die erste Funftagung und zugleich Generalversammlung des Württembergischen Radio-Klubs e. V. statt, bei der Näheres über die künftigen Bestimmungen und über den Anstuf des Vereins an den Württembergischen Radio-Klub gesagt werden wird. Alle Funftreunde, soweit sie Mitglieder des Klubs sind, sowie die Klubs selbst werden zu dieser Tagung eingeladen, die ihnen wesentliche Aufklärungen über das Verhältnis der Funftreunde zur Post geben wird. Es ist zugleich Gelegenheit gegeben, die Stuttgarter Radio-Sondermesse, die vom 16. bis 26. Mai dauert, zu besuchen und am Abend den Vortrag von Prof. Dr. Reithäuser vom Telegraphentechnischen Reichsam in Berlin zu hören. Der Vortrag bedeutet auf funktionsmäßigem Gebiet das Vollenbeste, was bis jetzt geboten werden kann. Die angezeichneten Vorführungen sind so klar, daß selbst weniger Eingeweihte in das Wissen der Funfttechnik durch sie eingeführt werden. Wir machen auf die Funftagung des Württembergischen Radio-Klubs besonders aufmerksam.

Ergebnis der 1. theologischen Prüfung

ep. Bei der vom 28. April—2. Mai d. J. abgehaltenen 1. theologischen Prüfung wurden folgende 11 Kandidaten für bestanden erklärt: Theodor Erhardt aus Odumase (Goldküste), Pauline Hubner aus Mannheim, Egon Güll aus Konstanz, Fritz Haug aus Kälbershausen, Erich Kühn aus Hochhausen a. N., Ernst Mampel aus Ebersbach, Adolf Merkel aus Bretten, Hugo Pfisterer aus Ebersbach, Karl Pöschel aus Karlsruhe, Hans Schütz aus Mannheim und Rudolf Söbele aus Mannheim.

Kommunale Rundschau

Der Karlsruher Bürgerausschuß nahm eine Vorlage an, wonach vom 1. Juni ab der städtische Zuschlag zur Grundsteuer den doppelten Betrag der Staatssteuer beträgt. Die Staatssteuer beträgt seit 6. Dezember 12 Goldmark für einen Hund und 24 Goldmark für jeden weiteren. Mannheim erhebt für den ersten Hund den doppelten Betrag der Staatssteuer, für jeden weiteren Hund immer das doppelte des vorhergehenden Zuschlag; Pforzheim, Freiburg und Ettlingen erheben den doppelten Betrag, Karlsruhe, Baden und Pforzheim den 1 1/2-fachen Betrag, Konstanz und Lahr den einfachen Betrag der Staatssteuer. Heidelberg bleibt hinter dem Betrag der Staatssteuer als Zuschlag noch etwas zurück. Die bisherigen Gemeindezuschläge haben keine merkliche Verringerung der Grundsteuer zur Folge gehabt. Bei Annahme einer Zahl von 6000 Hund berechnete sich der Gesamtbetrag des Gemeindezuschlags auf 132 000 Mark, wovon ein Viertel dem Staat zugutekommt. Der Betrag für die Stadtkasse läßt sich also auf rund 100 000 Mark jährlich schätzen. Hierzu kommt die Hälfte der Staatssteuer mit etwa 32 000 Mark. Zu der Anordnung, Hundematten einzuführen, erklärte Bürgermeister Kleinschmidt, daß sich der Stadtrat mit dieser Frage beschäftigt, aber von einer Einführung Abstand genommen habe, da festgestellt worden sei, daß die Hundematten nachgemacht würden. — Ohne Debatte fanden Annahme: Vorlagen über die Erlassung einer Satzung über die Bildung eines Fortbildungsausschusses zwischen der Stadt Karlsruhe und der Gemeinde Hagsfeld, ferner Vorlagen über Rückvergabe von Industriegebäude beim Rheinhafen von der Großherzoglichen Majestätamt Karlsruhe, Erwerb von Gelände im Amelinger Feld, in den Stadtteilen Daglanden und Weiertheim, im Weiertägergebiet u. a.

Der Bürgermeisterposten in Offenburg. Die durch den Bezug des Bürgermeisters Dr. Bühner erledigte Bürgermeisterstelle wird nunmehr zur Bewerbung ausgeschrieben. Die sozialdemokratische Partei hat bei der feinerzeitigen Bestellung des zweiten Bürgermeisters als die zweitstärkste Fraktion Anspruch darauf erhoben, daß der Bürgermeisterposten durch einen Angehörigen ihrer Partei besetzt wird. Durch die Reichstagswahl hat sich die Situation für die Sozialdemokratie in Offenburg verschoben. Sie ist an die dritte Stelle gerückt, während an zweiter Stelle die Demokraten stehen. Man weiß noch nicht, ob die Sozialdemokraten auch nunmehr den Bürgermeisterposten für sich reklamieren. Tatsächlich ist auch heute noch die Sozialdemokratie die zweitstärkste Fraktion und so viel man hört, verlangt sie (eine Fraktionserklärung liegt noch nicht vor), daß ein Sozialdemokrat zu dem Posten berufen wird. Man war davon überrascht, daß der Stadtrat für die erledigte Bürgermeisterstelle nur Kandidaten zuläßt, die zum Richteramt der höheren Verwaltungsdienst qualifiziert sind. Der Stadtrat glaube ursprünglich, ohne einen zweiten Bürgermeister auskommen zu können, jedoch machte die Forderung der Geschäfte das Ausschreiben notwendig.

Aus der Landeshauptstadt

Eine graphische Darstellung des Ergebnisses der Reichstagswahlen enthält unsere heutige Nummer auf der 4. Seite, worauf wir unsere Leser besonders hinweisen.

Ernennung. Der Direktor des Landeskonservatoriums hier, Professor Heinrich Kaspar Schmid, ist vom Augsburger Stadtrat zum Leiter der städtischen Musikschule in Augsburg ernannt worden.

Landestheater. Als nächste Neueinstudierung der Oper gelangt am Freitag den 16. d. M. Richard Strauß' einaktiges Musikdrama „Salome“ zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Operndirektor Coriolanis; das Werk wird in Szene gesetzt von Oberregisseur Carl Slang. In der außerordentlich schwierigen und anspruchsvollen Titelpartie gastiert Kammer Sängerin Anna Greß, die diese Partie zu ihren besten Leistungen zählt. Die Berliner Börsenzeitung urteilt feinerzeit über ihre Gestaltung der Salome wie folgt: „Anna Greß war eine Salome von hinreichender Schönheit. Stimmlich und darstellerisch schuf sie eine Leistung, die meistergütlich genannt werden muß. Ihr Tanz war faszinierend. Hier offenbart sich eine gemalte Operntagendin allergrößten Formates.“ In den übrigen Hauptpartien sind beschäftigt Frau Kammer Sängerin Ernestine Häber-Etcher, sowie die Herren Balve, Kuffard, Glaf, Grödingen, Kalnbach, Loichinger, Meyer, Rentwig, Peters, Barth, Wähle und Weirauch. Beginn der Vorstellung 8 Uhr. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Werk ohne Vorspiel beginnt und daher um rechtzeitig erscheinen nachdrücklich gebeten wird, weil bei Beginn der Vorstellung die Türen geschlossen bleiben.

Der Hasenbühl erwirbt. Vor einigen Wochen hat ein Pächter den Karlsruher Hasenbühl-Stadtpark heimlich und die Hasen und daher sehr teuren Diamantfasanen gestohlen. Wie nun aus München gemeldet wird, ist es der dortigen Polizei gelungen, den Dieb, der in den Zoologischen Garten in Frankfurt a. M., Galle, Nürnberg und Stuttgart ähnliche Diebstähle verübt hatte, dingfest zu machen. Hier in Karlsruhe hatte er allein sieben Hasen gestohlen.

Die Jubiläumstagung des Badischen Konditoren-Verbandes, die im Beisein von Vertretern der Behörden und Handwerksorganisationen im großen Rathausaal stattfand, nahm einen glatten harmonischen Verlauf. Der bisherige Vorstand, mit E. Dehler-Karlsruhe als ersten, und Rich. Freund-Karlsruhe als zweiten Vorsitzenden, wurde einstimmig wiedergewählt. Als nächster Tagungsort wurde Bellingen bestimmt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	14. Mai		15. Mai	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam	1 573 600	1 581 400	1 572 200	1 579 800
Kopenhagen	716 200	719 800	718 200	721 800
Italien	189 500	190 500	188 500	189 500
London	18 405 000	18 495 000	18 455 000	18 545 000
Reipzig	4 190 000	4 210 500	4 180 000	4 210 500
Paris	250 400	251 600	236 400	237 600
Schweiz	746 100	749 900	744 100	747 900
Frankfurt	124 600	125 400	124 600	125 400
Wien (100 Kronen)	59 800	60 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozenten.

Zahlungsschwierigkeiten. Mit Bezug auf die vielfach umlaufenden Gerüchte über Zahlungsschwierigkeiten wird darauf hingewiesen, daß im Wirtschaftskreis Pforzheim nur in einem einzigen Fall Geschäftsaufsicht angeordnet und in einem zweiten ein solche nachgesucht ist.

Süddeutsche Neu- und Strohpresse. Es notieren an der letzten Börse je 100 Kilogramm Wiesenseu 8,50—9, 8,60 bis 10), Kleheu 9—10 (10—11, drahtgepresstes Stroh 5—6 (6 bis 6,50) Mark.

Der deutsche Eisenmarkt. In der ersten Aprilhälfte war die Inlandsnachfrage auf dem Eisenmarkt in allen Erzeugnissen lebhaft, besonders in Stab- und Bandstahl, sowie in dünnen Blechen. In der zweiten Aprilhälfte machte sich Zurückhaltung bemerkbar, einmal infolge der herrschenden Kreditnot, dann aber auch mit Rücksicht auf die außenpolitische Entwicklung. Teilweise war die Zurückhaltung in der Erteilung von Aufträgen derart groß, daß die Lieferungsfristen für die etwa 2 1/2 bis 3 Monate beansprucht wurden, auf 6—8 Wochen herabgesetzt werden konnten.

Das Notgeld der Hessischen Landesbank ist laut Bekanntmachung in der Darmstädter Zeitung aufgerufen worden. Die Einlösungssfrist läuft bis zum 31. Mai 1924, an welchem Tage das Notgeld seine Gültigkeit verliert. Bis zum 31. Mai wird es von der Hessischen Landesbank in Darmstadt, Paulusplatz Nr. 1, eingelöst. Ausdrücklich sei bemerkt, daß die von dem hessischen Staat ausgegebenen Dollaranleihe und die von dem hessischen Staat ausgebenen Dollaranleihe noch nicht aufgerufen sind und nach wie vor als Zahlungsmittel gelten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Reichstagswahl 1924

Gemäß § 139 Absatz 3 Reichstimmordnung gebe ich nachstehend die Namen der in der Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses vom 10. Mai 1924 als Abgeordnete des Reichstags für gewählt Erklärten, der Erstmänner sowie die Zahl der überhaupt und der für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen gültigen Stimmen bekannt.

1. Kreiswahlvorschlag der vereinigten sozialdemokratischen Partei

Abgegebene gültige Stimmen: 142 801.

Es sind gewählt:

1. Weh, Oskar, Redakteur, Mannheim A. 2. 4.

2. Schuppfin, Georg, Redakteur, Karlsruhe, Girschtstr. 126. II.

Erstmannen:

Meyer, Stefan, Kaufmann, Freiburg, Merianstr. 9.

Schwartz, Adolf, Geschäftsführer, Mannheim, Kleinfeldstr. 11.

Graf, Oskar, Landtagsabgeordneter und Krankenassenbeamter, Pforzheim, Seebergstr. 33.

Heidel, Max, Zollsekretär, Baden-Baden, Waldseerstr. 10.

Blase, Theresie, Landtagsabgeordnete, Mannheim, Rönchswörthstr. 173.

Roth, Karl, Schneidermeister, Berthheim, Mühlentstr. 10.

Lehn, Friedrich, Landwirt und Bezirksrat, Eigeltingen, (Amt Stodach).

Gröpphans, Karl, Schriftsetzer, Konstanz, Sussenstr. 10.

2. Kreiswahlvorschlag der Zentrumspartei

Abgegebene gültige Stimmen: 325 645.

Es sind gewählt:

1. Fehrenbach, Constantin, Reichskanzler a. D. in Freiburg i. B., Schwarzwalddstr. 1.

2. Birtz, Dr. Josef, Reichskanzler a. D. in Freiburg i. B., Gerrenstr. 12.

3. Dies, Karl, Landwirt in Nadolzell.

4. Erling, Josef, Gewerkschaftssekretär in Karlsruhe, Maulprechtstr. 27.

5. Damm, Anton, Landwirt und Bürgermeister in Wagenschwend.

Erstmannen:

Sonner, Franz, Josef, Direktor der Landeswirtschaftsstelle für das badische Handwerk in Karlsruhe, Adlerstr. 2.

Philipp, Frau Maria in Karlsruhe, Hoffstr. 1.

Bühner, Wilhelm, Bauart in Emmendingen.

Duffner, Josef, Quisbesitzer in Furmwangen.

Rüger, Richard, Landgerichtsrat und Landtagsabgeordneter in Heidelberg, Kaiserstr. 3.

Graf, Friedrich, Weinmeister und Bezirksrat in Achern.

Fürst, Ludwig Eugen, Landwirt in Göttingen, Amt Buchen.

Keller, Fridolin, Eisenbahndirektor in Rehl, zurzeit wohnhaft in Bühl.

Baur, Dr. Hugo, Rechtsanwalt in Konstanz, Rheinsteig 9.

3. Kreiswahlvorschlag des Badischen Landbundes

Abgegebene gültige Stimmen: 71 357.

Es ist gewählt:

Julier, Hermann, Landwirt und Mühlenbesitzer in Ringolsheim, 1. Vorsitzender des Badischen Gemeindeverbandes.

Erstmannen:

Zimmer, Fritz, Landwirt in Ring.

Köhler, Leo, Landwirt und Direktor der Lagerhauszentrale in Reicholzheim.

Kaiser, Josef, Landwirt und Bürgermeister in Behla.

Gund, Rudolf, Landwirt und Bürgermeister in Kapfencod.

Schuhmann, August, Landwirt in Einsheim (Elsenz), Ziegelgasse.

Kunt, Erwin, Landwirt in Junzingen.

Wegert, Heinrich, Landwirt und Bürgermeister in Schweigern bei Boxberg.

Simmermann, Karl Ludwig, Landwirt und Gemeinderat in Liedolsheim.

4. Kreiswahlvorschlag der Deutschen Demokratischen Partei

Abgegebene gültige Stimmen: 73 882.

Es ist gewählt:

Dietrich, Hermann, Minister a. D. und Hofbesitzer, Wildgutsch.

Erstmannen:

Dr. Haas, Ludwig, Rechtsanwalt, Karlsruhe, Gübelsstr. 19.

Scheel, Alfred, Chefredakteur, Mannheim, Otto Beckstr. 8.

Dr. Kohlmann, Johanna, Rechtsanwältin, Freiburg i. B., Bismarckstr. 15.

Buchardt, Otto, Tapeziermeister, Präsident des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Heidelberg, Anrimsstr. 1.

Willareth, Adolf, Handelschuldirektor, Pforzheim, Bleichstraße 102.

Dr. Wäldin, Paul, Fabrikant, Lahr i. B., Mittelweg 4.

Schauer, Martin, Landwirt, Niedlingen (Amt Lörach).

Dr. Thoma, Richard, Universitätsprofessor, Heidelberg, Ziegelhäuserlandstr. 15.

Schäfer, Karl, Landwirt, Mitglied des Landtags, Wahlkreis (Amt Stodach).

Haas, Karl, Bürgermeister, Redarzimmer (Amt Rosbach).

Dr. Dünker-Banatti, August, Amtsrichter, Karlsruhe, Wintgenstr. 4.

5. Kreiswahlvorschlag der Kommunistischen Partei Deutschlands

Abgegebene gültige Stimmen: 95 564.

Es ist gewählt:

Kenzler, Georg, Schlosser, Mannheim, Alpbornstr. 21.

Erstmannen:

Gerstner, Hermann, Maschinist, Lörach, Lerchenstr. 31.

Denmann, Stefan, Bankbeamter, Mannheim, Friedrichsplatz 6.

Trabinger, Jakob, Decker, Karlsruhe, Körnerstr. 4. I.

Maddalena, Max, Sekretär, Sigen a. S., Bismarckstr. 34.

Köhler, Johann, Weber, Lörach, Palmstr. 9.

Pfister, Julius, Glaser, Freiburg i. B., Stadstr. 87.

Konrad, Julius, Landwirt, Sattelbach, Sattelstr.

Brenner, Hugo, Oberverwaltungsinspektor, Karlsruhe, Lesefingstr. 49.

Kerle, Binzen, Kaufmann, Konstanz, Münzgasse 1.

Treffwein, Jakob, Schlosser, Freiburg i. B., Adlerstr. 1.

Dör, Ludwig, Maler, Bruchsal, Kasernenplatz 18.

Dangl, Anton, Schweißer, Wolsch.

Westenfelder, Oskar, Arbeiter, Karlsruhe, Kaiserstr. 117.

Anger, Karl, Maurer, Lahr i. B., Friedensheim 56.

7. Kreiswahlvorschlag der Deutschen Volkspartei

Abgegebene gültige Stimmen: 74 887.

Es ist gewählt:

Dr. jur. Curtius, Julius, Rechtsanwalt, Berlin-Dahlem, Peter Lenné-Str. 42.

Erstmannen:

Dr. Düringer, Adalbert, Minister a. D., Karlsruhe i. B., Ritterstr. 24.

Schäuble, Alexander, Oberamtmann, Karlsruhe i. B., Karlsruhe Friedrichstr. 15.

Sch, Heinrich, Metzgermeister, Heidelberg, Bräudenstr. 18.

Frau Frensch, Emma geb. Pöhrmann, Witwe, Raftstr. 6.

Keppler, Paul, Gasthofbesitzer, Baden-Baden, Werderstr. 8/10.

Walther, Paul, Oberpostsekretär, Mannheim Q V 18/19.

Pfisterer, Gustav, Fabrikant, Lahr i. B., Kaiserstr. 88.

Steinle, Eugen, Rechtsanwalt und Stadtrat, Pforzheim, Bismarckstr. 33.

Graf zu Dohna, Alexander, ordentlicher Professor der Rechte, Heidelberg, Molkestr. 27.

8. Kreiswahlvorschlag der Deutschen Nationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei)

Abgegebene gültige Stimmen: 75 835.

Es ist gewählt:

Waltraf, Max, Staatsminister a. D., Bonn, zurzeit Berlin, preuß. Landtag.

Erstmannen:

Dr. Hanemann, Alfred, Landgerichtsdirektor, M. d. L., Mannheim N. 7. 13.

Schneider, August, Kaufm. Angestellter, M. d. L., Mannheim, Max-Josefstr. 27.

Hermann, Karl, Malermeister und Stadtrat, Pforzheim, Bleichstr. 67.

Dr. Maier, Gustav, Professor, Neustadt i. Schwarzwald, Hauptstr. 11.

Kammerer, Albert, Landwirt, Graben, Hauptstr. 254.

Sturm, Maria, Gärtnerin, Überlingen am Bodensee, Friedhofstr.

Stump, Ludwig, Oberpostsekretär, Konstanz, Schottenstr. 67.

Frau Mayr, Sophie, Arbeiterin, Pforzheim, Alst. Kirchenweg 3.

von Christmar, Ernst, Generalmajor a. D., Stadtrat, Freiburg i. B., Poststr. 5.

Lang, Ferdinand, Glasermeister, Karlsruhe, Akademiestr. 27.

Bauerle, Christian, Fabrikant, St. Georgen (Hans Mühlweg, Schwarzwald).

Dr. Zuhler, Friedrich, Arzt, Schopfheim, Städt. Krankenhaus.

Herrmann, Gustav, Bürgermeister, Adelsheim.

Lubewiss, Wilhelm, Kaufmann, Mannheim, Waldparldamm 5.

D. Mayer, Theodor, Friedrich, Geh. Oberstenrat, M. d. L., Karlsruhe, Helmholstr. 5.

In gültigen Stimmen wurden fernerhin abgegeben auf den:

6. Kreiswahlvorschlag der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands 6 153;

9. Kreiswahlvorschlag des Gauverbundes 784;

10. Kreiswahlvorschlag des Völkisch-sozialen Blocks 45 049

11. Kreiswahlvorschlag der wirtschaftlichen Vereinigung des badischen Mittelstandes 21 424;

12. Kreiswahlvorschlag des Bundes der Geusen (Volksbund der Entrechteten) 6 948;

18. Kreiswahlvorschlag der republikanischen Partei Deutschlands 1 404.

Abgegebene gültige Stimmen überhaupt 941 763.

Karlsruhe, den 13. Mai 1924.

Der Wahlleiter des 32. Reichstagswahlkreises

Beigel.

Bekanntmachung

Der zwischen der abgeordneten Gemarlung Badachhof und der Gemeinde Zimmern, Amtsbezirk Adelsheim, abgeschlossenen Vereinbarung über die Bereinigung der abgeordneten Gemarlung mit der Gemeinde Zimmern mit Wirkung vom 1. April 1924 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 8. Mai 1924

Der Minister des Innern

J. B. Leers

